

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Frank Heinrich, Dr. Matthias Zimmer, Peter Weiß (Emmendingen), Karl Schiewerling, Paul Lehrieder, Gitta Connemann, Dr. Johann Wadephul, Dr. Carsten Linnemann, Heike Brehmer, Thomas Dörflinger, Michael Grosse-Brömer, Ulrich Lange, Maria Michalk, Stefan Müller (Erlangen), Max Straubinger, Dr. Peter Tauber, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Heinrich L. Kolb, Sebastian Blumenthal, Heinz Golombeck, Miriam Gruß, Pascal Kober, Johannes Vogel (Lüdenscheid), Rainer Brüderle und der Fraktion der FDP**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 17/12650 –**

### **Lebenslagen in Deutschland – Vierter Armuts- und Reichtumsbericht**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland hat sich in den letzten Jahren spürbar verbessert. Sie war nicht zuletzt von einer ausgesprochen guten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt geprägt. Zwar kam es zu spürbaren Belastungen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise. Der Arbeitsmarkt zeigte sich jedoch äußerst robust und die Beschäftigung erreichte ein historisch hohes Niveau. Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit erheblich ab. Damit konnten viele Menschen die Abhängigkeit von staatlichen Hilfeleistungen überwinden. Dies wird auch international anerkannt.

Ein gut funktionierender Arbeitsmarkt ist entscheidend für die Vermeidung von Armutsrisiken. Wie der Armuts- und Reichtumsbericht feststellt, ist Erwerbstätigkeit Grundlage des allgemeinen Wohlstands in Deutschland. Sie dient den privaten Haushalten als wichtigste Quelle zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts und ist damit eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Andererseits sind Arbeitsplatzverlust und längerer Verbleib in Arbeitslosigkeit zentrale Risikofaktoren für ein relativ geringes Einkommen, einen eingeschränkten Lebensstandard oder die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen. Arbeitslosigkeit verschlechtert den Gesundheitszustand und das subjektive Wohlergehen. Sind Eltern langfristig arbeitslos, geht hiervon auch eine negative Signalwirkung auf die davon unmittelbar betroffenen Kinder und Jugendlichen aus. Dies kann auch deren Bildungs- und Ausbildungschancen reduzieren. Eine Erwerbs-

aufnahme führt in der Mehrzahl der Fälle aus diesen Situationen heraus und stärkt auch die Kinder.

Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht macht deshalb zu Recht auf die positive Entwicklung aufmerksam:

- Von 2007 bis 2012 ist die Anzahl der Arbeitslosen um knapp eine Million gesunken und die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um rund zwei Millionen gestiegen.
- Seit dem Jahr 2007 reduzierte sich die Langzeitarbeitslosigkeit um über 40 Prozent.
- Die Zahl der Hartz-IV-Empfänger ging bei den Erwerbsfähigen um über 800 000 und bei den Kindern um rund 270 000 zurück.
- Die Armutsrisikoquote – ein relatives Maß, das sich bei für alle Personen gleicher Entwicklung praktisch nicht ändert – blieb seit 2007 relativ konstant zwischen 14 und 16 Prozent.
- Die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung war in den vergangenen Jahren tendenziell rückläufig.
- Der Niedriglohnbereich – ebenfalls eine relative Größe – hat nicht zugenommen, sondern schwächte sich zuletzt eher ab.

Die Löhne steigen spürbar, insbesondere dort, wo die Tarifbindung hoch ist. Seit drei Jahren profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jetzt wieder von Reallohnsteigerungen. Auch die Renten sind gestiegen. Die christlich-liberale Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode in Branchen mit insgesamt vier Millionen Beschäftigten die von den Tarifpartnern ausgehandelten Tarifverträge mit Lohnuntergrenzen für allgemeinverbindlich erklärt. Davon wurden in Branchen mit über zwei Millionen Beschäftigten Lohnuntergrenzen erstmals eingeführt. Altersarmut ist für die allermeisten heutigen Rentner ein Fremdwort, sie liegt bundesweit bei rund 2,5 Prozent. Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist mit etwas mehr als 5 Prozent die niedrigste in Europa.

Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, können in Deutschland auf ein umfangreiches System an sozialen Leistungen vertrauen. Die Sozialleistungsquote zeigt, dass rund ein Drittel des deutschen Bruttoinlandsprodukts für Soziales ausgegeben wird. Deutschland bewegt sich damit im oberen Bereich der Europäischen Union. Die soziale Absicherung trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland als ein gerechtes Land wahrgenommen wird, wie eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung vom INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH gezeigt hat. Die öffentliche Diskussion um „Armut in Deutschland“ darf die Existenz unseres funktionierenden Sozialstaates und die große Leistung unserer Solidargemeinschaft nicht ignorieren. Daher sollte besonders darauf geachtet werden, dass die Begriffe Armut und Armutsrisiko nicht vermengt werden. Unser Sozialstaat sichert allen Haushalten ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze.

Von den verschiedenen Ausprägungen, die man mit dem subjektiven Begriff der Gerechtigkeit verbindet, wird der Chancengerechtigkeit die höchste Bedeutung beigemessen. Die christlich-liberale Koalition will eine echte Chancengesellschaft. Hier soll jeder die Chance auf Erfolg haben – Zukunft darf nicht von Herkunft abhängen. Die christlich-liberale Koalition will eine Bildungsrepublik, in der alle entsprechend ihren Fähigkeiten und Neigungen gute Bildungschancen und damit Möglichkeiten auf persönliche Entfaltung und sozialen Aufstieg haben. Deshalb hat die christlich-liberale Bundesregierung auch in den vergangenen vier Jahren ungeachtet der Sparanstrengungen in vielen Bereichen 13 Mrd. Euro zusätzlich für Bildung zur Verfügung gestellt.

Dieser Ansatz ist jedem Versuch überlegen, durch eine staatliche Umverteilungspolitik ein höheres Maß an Gerechtigkeit zu erreichen. Eine solche Politik degradiert die Bürgerinnen und Bürger zu Empfängern staatlicher Zuteilungen und verkennt das den Menschen eigene Streben nach Erfüllung durch Leistung, Erfolg und die Fähigkeit zur Solidarität.

Leistungsgerechtigkeit schafft Anreize zur Leistungsbereitschaft und legt einen wesentlichen Grundstein für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft, die auf eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und sozialem Ausgleich fußt und „Wohlstand für alle“ als Leitbild hat. Die christlich-liberale Koalition will die Basis sichern für einen breiten gesellschaftlichen Mittelstand, der die Dynamik entfaltet für eine leistungsfähige Wirtschaft, die sich auch in Zukunft im globalen Wettbewerb behaupten kann.

Wichtig ist deshalb, dass Chancen bestehen und genutzt werden können. Eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt deshalb das Gesellschaftsmodell der Wahl. Die geschichtlichen Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass Freiheit und Marktwirtschaft zusammengehören, und dass durch sie am besten Innovationen und Wohlstand gefördert werden. Dabei ist die Vermeidung sozialer Härten nicht nur ein moralisch motiviertes Ziel der Politik. Sie trägt vielmehr auch zur Akzeptanz sowie zur Dynamik und Risikobereitschaft in einer Marktwirtschaft bei.

Es ist wichtig, dass Deutschland den Kurs beibehält. Die im Vergleich zu früheren Krisen erfolgte Stärkung des Grundsatzes „Fördern und Fordern“, die effizientere Organisation der Arbeitsvermittlung sowie die höhere Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, die durch die Reformen der vergangenen zehn Jahre erreicht worden sind, haben gerade in diesem aus sozialer Sicht besonders bedeutsamen Bereich der Wirtschaft entscheidend zu den Erfolgen beigetragen. Über Jahrzehnte hinweg war zu beobachten, dass sich in konjunkturellen Abschwungphasen die Arbeitslosigkeit erhöht hat und in anschließenden wirtschaftlichen Aufschwüngen kaum abgebaut wurde. Dieses Muster war in den vergangenen Jahren nicht mehr zu beobachten. Die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes hat sich verbessert. Sie zu erhalten und Hürden für Arbeitsuchende in den Arbeitsmarkt ab- und nicht aufzubauen ist eine permanente Aufgabe. Dies gilt für andere Bereiche unserer Volkswirtschaft gleichermaßen.

Zusätzlich bleibt aber auch wesentlich, dass für jeden Menschen Chancen zum Aufstieg offenstehen, unabhängig von der Herkunft, vom Einkommen oder von der Bildung der Eltern. Die Soziale Marktwirtschaft stellt die Menschen immer wieder vor Herausforderungen: Strukturwandel, Flexibilisierung der Arbeitswelt und Globalisierung verlangen von ihnen Anpassungen, die Chancen, aber auch Risiken bergen, und daher mit einer – teilweise vorübergehenden – Verschlechterung der persönlichen Verhältnisse einhergehen können. Die Bereitschaft, sich darauf einzulassen, steigt, wenn zugleich die Aussicht besteht, dass man die persönliche Situation durch eigene Anstrengungen wieder verbessern kann.

Der Armuts- und Reichtumsbericht signalisiert hier Handlungsbedarf. So steht das deutsche Bildungssystem weiterhin vor der Aufgabe, die soziale Durchlässigkeit zu erhöhen und Bildungsaufstiege zu ermöglichen. Es ist zum Beispiel problematisch, dass Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Elternhäusern sowie insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund seltener und kürzer eine Kindertagesstätte besuchen als andere Kinder. Auch der erreichte allgemeine und berufliche Bildungsabschluss wird in Deutschland stark vom soziokulturellen Hintergrund geprägt. Defizite bei Schul- und Ausbildungsabschluss wirken sich nach den Ergebnissen des Berichts vor allem auch bei Menschen mit Behinderungen negativ auf die gesamte Erwerbsbiografie aus.

Gefragt sind daher in Zukunft vermehrt politische Strategien für eine faire, aufstiegs offene Gesellschaft, die sich aktiv gegen herkunftsbedingte Benachteiligungen wendet und Chancen für Beschäftigung eröffnet. Das ist nicht nur ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland als Basis der Arbeitsplätze zu bewahren und zu stärken;
2. Maßnahmen zu vermeiden, die die Flexibilität des Arbeitsmarktes einschränken, und Missbrauch effektiv und zielgenau zu bekämpfen;
3. am Grundsatz des „Förderns und Forderns“ in der Arbeitsmarktpolitik festzuhalten und diesen weiterzuentwickeln;
4. die Wirtschaft unseres Landes durch geeignete Maßnahmen für die Herausforderungen des demografischen Wandels zu wappnen;
5. die Anstrengungen aller Akteure für den notwendigen qualitativen und quantitativen Ausbau von bedarfsgerechter Kindertagesbetreuung und Ganztagschulen über das Jahr 2013 hinaus zu verstärken;
6. in Kooperation mit der Wirtschaft insbesondere Alleinerziehenden sowie für Menschen mit Behinderung flexible Möglichkeiten zu bieten, am Erwerbsleben teilzunehmen;
7. die Durchlässigkeit im Bildungssystem, wie auch die Möglichkeit schulische Abschlüsse zu einem späteren Zeitpunkt nachholen zu können, weiter zu verbessern;
8. die dualen Ausbildungssysteme zu stärken und in enger Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern Berufseinstiege mit niedrigeren Qualifikationen zu ermöglichen;
9. den erfolgreich eingeschlagenen Weg bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse weiter fortzusetzen, um bereits in Deutschland lebendes Fachpersonal auch entsprechend der vorhandenen Qualifikationen einsetzen zu können;
10. die Forschung zu unterstützen und voranzutreiben, die die Faktoren analysiert, welche individuelle Aufstiegschancen erhöhen und die Ansatzpunkte identifiziert für eine erfolgreiche Entfaltung von Chancen und zur Überwindung von Risikolagen.

Berlin, den 23. April 2013

**Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion**  
**Rainer Brüderle und Fraktion**